



Märkischer Kreis

DER LANDRAT

Märkischer Kreis · Heedfelder Str. 45 · 58509 Lüdenscheid

Fraktion DIE LINKE
im Kreistag des Märkischen Kreises

Fachdienst Bauen und Planung

Herr Oppermann
Zimmer 518

Durchwahl: (02351) 966-6885

Telefax: (02351) 966-6276

E-Mail: f.oppermann@maerkischer-kreis.de

Zentrale: (02351) 966-60

www.maerkischer-kreis.de

Sprechzeiten

montags bis freitags 8.30-12.00 Uhr

donnerstags zusätzlich 13.30-15.30 Uhr

Aktenzeichen: 60-80-10-11

24. März 2011

EINGEGANGEN AM 20. MRZ. 2011

Anfrage der Fraktion DIE LINKE zum Öffentlichen Personennahverkehr, insbesondere der Einführung eines Sozialtickets

Ihre Anfrage vom 12.01.2011

Sehr geehrte Damen und Herren,

mit Ihrer o.g. Anfrage haben Sie – beziehend auf die im Verkehrsverbund Rhein-Ruhr beabsichtigte Einführung eines Sozialtickets – um die Beantwortung von Fragen bezüglich dieses Tarifangebotes sowie zu Themen des ÖPNV gebeten. Die von Ihnen gestellten Fragen sind unterstrichen wiedergegeben.

Vorbemerkung: Laut Presseberichten ist die ursprünglich für Sommer 2011 geplante Einführung eines Sozialtickets im VRR wegen der Frage der Gegenfinanzierung derzeit völlig offen (siehe beigefügten Presseartikel).

Plant der VRL ebenfalls die Einführung eines Sozialtickets und wenn, wann ist damit zu rechnen?

Diese Frage wurde an die für den Ruhr-Lippe-Tarif zuständige Geschäftsstelle Tarifausschuss Münsterland/Ruhr-Lippe in Münster weitergegeben. Von dort erfolgte folgende Rückmeldung:

Mit o.g. Schreiben bitten Sie uns um Informationen zur möglichen Einführung eines SozialTickets im Tarifraum Ruhr-Lippe.

Hierzu teilen wir Ihnen mit, dass die Landesregierung eine Unterstützung der Kommunen und Verkehrsverbände und -gemeinschaften plant, die die Einführung eines SozialTickets in Betracht ziehen. Die Zuständigkeit für die Einführung eines solchen Produktes liegt einzig bei der kommunalen Seite respektive den tariflichen Kooperationen der Verkehrsunternehmen. Es handelt sich mithin um eine freiwillige Entscheidung vor Ort, wobei die Aufgabenträger die Modalitäten bestimmen. Das Land NRW gewährt hier lediglich einen finanziellen Anreiz in Form einer Anschubfinanzierung, jedoch keinen Ausgleich für potentielle tarifliche Mindererlöse. Förderempfänger sind die Kreise respektive kreisfreien Städte in ihrer Funktion als ÖPNV-Aufgabenträger. Die geplanten Landesmittel sollen nach einem möglichst transparenten Schlüssel auf Basis der Anspruchsberechtigten nach SGB 11 (Arbeitslosengeld) und SGB XII (Sozialhilfe) aufgeteilt werden. Tarifliche Mindereinnahmen durch eine weitere Rabattierung eines SozialTickets müssen durch Ausgleich des Preisunterschiedes zu einem

tariflichen Referenzprodukt durch die kommunalen Gebietskörperschaften kompensiert werden, so wie dies bei dem bereits bestehenden Produkt im Kreis Unna geschieht, wo als Vergleichsprodukt das FirmenAbo herangezogen wird. Als Anforderungsprofil für das SozialTicket definiert das Land hinsichtlich des Geltungsbereiches möglichst einen Kreis oder eine kreisfreie Stadt; der Preis sollte spürbar unter dem günstigsten vergleichbaren Regeltarifangebot liegen.

Wir hoffen, Ihnen durch die vorher skizzierten Planungen des Landes NRW einen hinreichenden Überblick über den Sachstand gegeben zu haben; da die Entscheidung über die Einführung eines SozialTickets insbesondere unter Berücksichtigung finanzieller Aspekte einzig bei den Aufgabenträgern liegt, können Sie den Zeitpunkt einer möglichen Einführung selbst bestimmen.

Gibt es Zahlenmaterial zu den Einnahmen aus dem Fahrkartenverkauf der MVG für das Jahr 2009, vergleichsweise auch für das Jahr 2010 und können Sie uns diese Zahlen, nach Kommunen aufgeteilt, zur Verfügung stellen?

Die MVG wurde von der Verwaltung um Stellungnahme gebeten, woraufhin diese mitteilte:

Zahlenmaterial zu den Einnahmen aus dem Fahrkartenverkauf der MVG für die Jahre 2009 und 2010 kann nicht nach Kommunen aufgeteilt dargestellt werden. Eine Darstellung der Zahlen, aufgeteilt nach Kommunen, wäre zudem nicht aussagekräftig, da die Käufer/Bezieher der Karten diese oftmals Stadt-/Gemeindegrenzen übergreifend einsetzen. Somit würde der Verkauf in der einzelnen Kommune keinerlei Rückschlüsse über die Nutzung des ÖPNV in der Kommune zulassen.

Weiterhin fragen wir nach den Ergebnissen der vorgesehenen Fahrgastzählungen zu den Feiertagen (1. Weihnachtstag/Neujahr) unter Berücksichtigung der teilweisen Einstellung des Linienverkehrs wegen der Witterungsverhältnisse.

Hierzu nahm die MVG wie folgt Stellung:

Die Ergebnisse der Fahrgastzählungen liegen vor, sind aber aufgrund des Fahrplanwechsels zum 14.02.2011 noch nicht ausgewertet worden. Nach Auswertung der Ergebnisse werden diese im Aufsichtsrat der MVG vorgestellt.

In einem anderen Zusammenhang ist die Frage aufgetaucht, wer bei den derzeitigen Witterungsverhältnissen für die Räumung der Bushaltestellen/Haltebuchten zuständig ist. Sind das die Kommunen oder die MVG selbst?

Die MVG teilte dazu mit:

Für die Räumung der jeweiligen Bushaltestellen/Haltebuchten ist die jeweilige Stadt/Gemeinde oder der Kreis, in Abhängigkeit von der Lage der Haltestelle verantwortlich.

Ich hoffe, Ihre Fragen damit beantwortet haben zu können und verbleibe

Mit freundlichen Grüßen


Thomas Gemke

16.02.2011 19:11 Uhr

VRR-Sozialticket vor dem Aus

GELSENKIRCHEN Das für den Sommer erwartete Sozialticket des Verkehrsverbundes Rhein Ruhr (VRR) steht offenbar in seiner bisher geplanten Form vor dem Aus. Geringfügig Verdienende sollten ein Ticket für 22,50 Euro monatlich für den gesamten VRR-Raum erhalten.

Von Uwe Becker

„Nach jetzigem Stand der Dinge ist das nicht finanzierbar“, sagte VRR-Vorstand Klaus Vorgang am Mittwoch. Das Land wolle 30 Millionen Euro für Sozialtickets in ganz NRW bereitstellen. Diese Summe benötige aber allein der VRR für seines.

Vorgang betonte, falls das Ticket dennoch in seiner ursprünglichen Form eingeführt werden sollte, müssten die am VRR beteiligten Kommunen mit erheblichen finanziellen Belastungen rechnen, die sie aufgrund ihrer wirtschaftlichen Lage nicht stemmen könnten. Das Land sei nicht bereit, seinen Beitrag aufzustocken. „Man kann unter diesen Voraussetzungen nicht ausschließen, dass das Sozialticket gänzlich scheitern wird“, machte Klaus Vorgang deutlich.

Zweifel von den Grünen

Eine leise Hoffnung, es in abgewandelter Form einführen zu können, gebe es aber noch. Aus VRR-Kreisen war zu hören, dass der geplante Einführungstermin 1. Juli utopisch ist. Auch deshalb, weil völlig unklar ist, wer letztendlich die Antrags-Prüfung übernimmt. Die Arbeitsagenturen haben wegen des erheblichen Verwaltungsaufwandes bereits abgewunken.

Für Mario Krüger, Sprecher der Grünen in der VRR-Verbandsversammlung, die das Sozialticket gemeinsam mit der CDU auf den Weg gebracht hatten, ist in Sachen Sozialticket noch nicht das letzte Wort gesprochen. Die Grünen zweifeln das Gutachten, das Grundlage für die Kalkulation des Verkehrsverbundes ist, an.

Kritiker hoffen auf Klarheit

Vieles in dem Gutachten sei „nicht ganz nachvollziehbar“, merkt Mario Krüger, Grünen-Sprecher in der VRR-Verbandsversammlung, etwa mit Blick auf prognostizierte Wanderungsverluste von bisherigen VRR-Abo-Kunden in Richtung Sozialticket an. Krüger hofft auf Klarheit in den nächsten vier bis fünf Wochen.

VRR-Chef Martin Husmann hat unterdessen bei der Vorstellung des Jahresberichtes noch einmal Stellung zum Vertragsstreit mit der Bahn genommen. Der BGH hatte das Vertragswerk für ungültig erklärt, das unter anderem auch Verbesserungen auf den S-Bahn- und Regionalexpress-Linien bringen sowie die Anschaffung neuer Fahrzeuge regeln sollte. „Wir werden das Gerichtsurteil genau lesen“, sagte Husmann gestern.

Möglicherweise gestatte es, bestimmte S-Bahn-Linien, die der Bahn zugestanden wurden, vorzeitig auszuschreiben und andere dafür zu verlängern. „Aber: Die Bahn muss auch Geld mitbringen.“ Den Streit mit DB Regio bezeichnete Husmann als notwendig: „Ohne ihn hätte es keine neuen Fahrzeuge gegeben, keinen Wettbewerb auf der Schiene und keine Verbesserungen auf den Strecken des Regionalverkehrs.“

Kritik ignoriert

Die Bahn habe auf Kritik früher überhaupt nicht reagiert, weil sie sicher war, Strecken trotz schlechter Leistungen weiter fahren zu können: „Das ist vorbei, und die Bahn reagiert immer öfter“, so Husmann. Der „Kriegszustand“ müsse aber beendet werden. Scharfe Kritik äußerte er an den Leistungen der Bahn im Winter. Für den geplanten Börsengang habe der Konzern „auf Kosten der Fahrgäste Personal eingespart.“ Zudem seien Weichenheizungen abgebaut worden, ebenso wie Überholgleise und ähnliches.

DB-Regio-Chef Heinrich Brüggemann versprach gestern für den kommenden Winter den Einsatz von mehr Personal und Ersatzfahrzeugen: „Wir werden da besser“, sagte er. Zum Vertragsstreit mit dem VRR, den Husmann bis zum Sommer endgültig beenden will, wollte sich Brüggemann nicht äußern.

Der VRR beklagte in seinem Qualitätsbericht weiter mangelnde Pünktlichkeit auf der Schiene – lobte aber auch Verbesserungen. So sei durch die neuen S-Bahn-Fahrzeuge und eine zum Teil andere Linienführung „eine deutliche Entspannung festzustellen“, sagte Martin Husmann.

2010 gab es im NRW-Verkehrsverbund insgesamt rund 1,1 Milliarden Fahrten – das entspricht dem Vorjahresniveau. Der Kostendeckungsgrad lag im Schienenverkehr nur bei knapp mehr als einem Drittel. Den Rest zahlt die öffentliche Hand über Zuschüsse. Der VRR steigerte seinen Umsatz insgesamt um rund 1,4 Prozent.

Tickets werden teurer

Ab 2012 könnten Bahnfahrten auf längeren VRR-Strecken – etwa von Dortmund nach Düsseldorf – teurer werden, sagte der VRR-Chef. Dies liege an der Zusammenlegung mit der Verkehrsgesellschaft Niederrhein (VGN). Die Maßnahme mache eine neue Tarifstufe für Langstrecken nötig.

Die VGN-Kunden hätten bislang deutlich höhere Preise als die im VRR bezahlt, so Husmann. Dies werde jetzt angeglichen. Dafür müssten VRR-Kunden dann auf längeren Touren mehr bezahlen. Wieviel genau, soll erst in einigen Wochen feststehen.

Karte für Museen und Dechenhöhle

LN
04.04

20.11

Preiswerter geht es nicht. Betreiber in
Letmathe leben von den Einnahmen

MÄRKISCHER KREIS ▪ Nach langem Anlauf wird es ein Kombiticket für die Museen der Burg Altena, das Drahtmuseum und die Dechenhöhle in Letmathe geben. Für Kinder und Jugendliche im Alter von sechs bis 17 Jahren wird es fünf, für Erwachsene acht Euro kosten. Das beschloss gestern der Kreisausschuss, der Kreistag muss das

Vorhaben am kommenden Donnerstag noch endgültig absegnen. Preiswerter, wie von Andreas Michel (Die Linke) gefordert, geht es nicht. „Die Betreiber der Dechenhöhle kommen sonst nicht über die Runden“, so Kreisdirektorin Barbara Dienstel-Kümper. In ein bis zwei Jahren soll aber nochmal gerechnet werden. ▪ be